

# Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben  
Publicationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheinet wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis: vierteljährlich 6 Mark, unter Kreuzband 8 Mark  
Eingetragen in die Postzeitungstafte. Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Berleger und verantw. Redakteur: Dr. Krieg, Berlin-Lichtenberg  
Redaktion und Expedition: Berlin O 27, Schäferstraße 6  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 68

Insertionspreis:  
Für Ankerate alter Art: die sechsgeplante Kolonellette 1 Mark,  
für Todesanzeige Seite 70 Pfennig, für Arbeitsmarkt 80 Pfennig.

## Unser Verband im Jahre 1919.

### I. Die Lage unserer Industrie.

Das Jahr 1919 machte das Elend des deutschen Volkes erst vollständig, das ist aber nicht auf die Revolution, sondern auf die unabwendbaren Kriegsfolgen zurückzuführen. Schuld daran hat auch nicht die Arbeiterschaft, nicht das Volk als Ganzes, auch nicht die jetzige Regierung, denn sie fand im November 1918 nur noch einen Trümmerhaufen vor. Die volle Schuld an diesem unsagbaren Elend tragen allein jene Kreise, denen der Krieg nicht lange genug dauern konnte, jene Heimkrieger, welche durch den Krieg besondere Konjunkturgewinne einheimsen, sowie die Militärs, die vor lauter Aufschlaflosigkeit die grave Wirklichkeit nicht erkannten und später nicht fähig waren, noch zur rechten Zeit den Krieg zu beenden. Das Wunderbare an der Sache ist, daß aber gerade diejenigen Herrschaften die Dreistigkeit besiehen, ardore zu die von ihnen begangenen Sünden verantwortlich zu machen. Ihr Gedanke erinnert an den auf der Flucht sich bejndischen Verbrecher, der der gassenden Menge zusagt: „Haltet den Dieb.“

Am meisten haben unter dem Krieg die Industrien gelitten, für welche unser Verband zuständig ist. Das hat man anscheinlich einer Audienz der „Brauerei-Arbeitergemeinschaft“ vor einiger Tagen seitens einer reichsamtlichen Stelle auch unumwunden dort anerkannt. Die einst blühende Brauindustrie, welche für Reich, Staat und Gemeinden eine steis ergiebige Steuerquelle war, die hunderttausende von Arbeitern, Angestellten nebst deren Familienangehörigen dauernd lohnende Beschäftigung bot, die ferner infolge Abgabe stark einkommensharter Produkte an die Landwirtschaft die Milch- und Fettversorgung Deutschlands äußerst günstig beeinflußte die nicht zuletzt in der gesamten Volkswirtschaft eine sehr wesentliche Rolle mitwälzte, wurde durch den Krieg und dessen unheilvollen Folgen fast nahe an den Ruin gebracht. Aber nicht, weil die Gesamtadernichtung des Volkes durch den Krieg sich etwa umgestellt hat, ist im Gegenteil zurzeit eine außergewöhnlich starke Nachfrage nach gutem, trinkfähigem Bier vorhanden. Den Beweis dafür liefert am besten die gegenwärtige ungleich stärkere Verbreitung der böhmischen Biere in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit, das beweisen die Völkerwanderungen nach Böhmen, die an den arbeitsfreien Tagen besonders in Sachsen und Schlesien zu beobachten sind und die des böhmischen Bieres halber erfolgen.

Die Brauereien werden an den Rand des Ruins gebracht, weil ihnen infolge der Ernährungs Schwierigkeiten nicht das zur Erzeugung eines trinkfähigen, die Lebenslust anregenden Bieres benötigte Getreide geliefert werden konnte, und weil des minderwertigen Bieres halber der Absatz stockt. Die Folgen dieser Ursachen äußern sich für die Industrie darin, daß zahlreiche, zum Teil früher sehr leistungsfähige Betriebe sich mit anderen fusionieren, vom Scharplatz verdrängen, was für die Arbeiter Arbeitslosigkeit, mindestens aber sehr trübe Aussichten für die Zukunft bedeutet.

Für die noch in den Betrieben verbliebenden Arbeiter wirkt das Fehlen von genügend Rohmaterial ungünstig auf ihre Lohnverhältnisse zurück. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Brauereiarbeiter, besonders in der Provinz waren in der Vorkriegszeit für die Arbeiter mit gleichwertiger Beschäftigung vorbildlich. Besonders sozialpolitischer Errungenchaften wirkte die Organisation der Brauereiarbeiter geradezu bahnbrechend für die übrige Arbeiterschaft. Heute stehen infolge der schlechten Verhältnisse in der Brauindustrie die Brauereiarbeiter mit ihren Löhnen an letzter Stelle. Es sind, wie sich hier deutlich zeigt, die Arbeiter wieder die Leidtragenden. Die Brauindustriellen berinden, wenn sich ihr Kapital in der Brauindustrie nicht mehr rentiert, dasselbe in anderen Industrien arbeitend unterzubringen.

Das für die Brauindustrie Gelegte trifft vollständig auch auf die Spiritusindustrie und die darin beschäftigten Arbeiter zu. Die Herstellung von Trinkbranntwein ist verboten. Die Abgabe von Spiritus erfolgt nur für technische Zwecke. Die Weinlesterien waren infolge der geringen Weinrente 1919 schlecht beschäftigt. Das fernere Bedenken der Weinindustrie wird von der Kaufkraft der Bevölkerung, sowie von den zulässigen Handelsbezirken mit dem Auslande abhängen.

Die Mühlenindustrie ist trotz der gebundenen Getreidewirtschaft verhältnismäßig gut über den Krieg hinüber gekommen. Die Preisgabe der Broterzeugung ist für die nächste Zeit kaum zu erwarten, tritt sie ein, so muß dafür gesorgt werden, daß nicht durch Preissteigerung die wirtschaftliche Kraft unserer Großmühlenindustrie gebrochen wird. In der letzten Zeit war seitens der Reichspolizeidirektion der Kommunalverbände erstaunlicherweise ein größeres Verhandlung und Entgegenkommen gegenüber den Lebendigmordgittern der Mühlenindustrie zu beobachten, obwohl auch da noch manches zu wünschen übrigbleibt.

Durch die einschränkenden und eingengenden behördlichen Wirkungen auf die von unserem Verband vertretenen Industrien wurde erläutlicherweise auch die Verbandsaktivität beeinträchtigt. Unser Verband ist nicht, wie die meisten anderen Gewerkschaften, was Mitgliederzuwachs anlangt, ein Revolutionsgetriebener. Das hat seine Ursache einmal in dem Rückgang der Berufangestörigen, dann auch in dem verhältnismäßig guten Organisationsverhältnis während der Vorkriegszeit. Während andere Verbände, die in der Vorkriegszeit an Mitgliederzahl mit unserem Verband gleich oder darunter standen, heute zu den großen Verbänden gehören, hunderttausende von Mitgliedern müssen können, hat unser Verband seine Mitgliederzahl, welche in der Vorkriegszeit 52 000 betrug, bis Ende 1919 nur um rund 20 000 auf einige 70 000 = 40 Proz. steigen können. Das erfreuliche bei der Mitgliederbewegung aber ist, daß dieser absolute Mitgliederzuwachs auf die Mühlenarbeiter entfällt.

Wenn in allen unserer Organisation unterstehenden Industrien auch noch hunderttausende zu organisieren sind, so ist dennoch das Organisationsverhältnis nicht das schlechteste vor allem aber die Grundlage der Organisation gesund. Würden unsere Funktionäre nicht fast ausschließlich mit der Durchführung von Lohnberechtigungen und mit Schlichtung von Differenzen dauernd so stark in Anspruch genommen sein, so würde die Zahl der dem Verband noch fernstehenden Kollegen weitaus geringer sein. Der Verband würde hinsichtlich des Organisationsverhältnisses in der deutschen Gewerkschaftsbewegung schon heute mit an exister Stelle stehen.

Einen starken Mitgliederzuwachs brachte bereits das 4. Quartal 1918 mit 11 850 Neunaufnahmen. Die folgenden Quartale brachten nacheinander je folgende Neuaufnahmen:

1. Quartal 1919 2. Quartal 1919 3. Quartal 1919 4. Quartal 1919  
14 241 9586 6826 3826

zusammen im Jahre 1919 34 379. Hinzu traten noch die vom Heeresdienste zurückgekehrten Mitglieder, die auf Grund von Abmachungen mit den in Frage kommenden Arbeitgeberverbänden von anfangs November 1918 wieder eingestellt werden müssten, soweit die Betriebsstätten noch im Gang und die zurückkehrenden unmittelbar vor ihrer Einberufung zum Heeresdienst in diesen Betrieben beschäftigt gewesen waren. Die Durchführung dieser Abmachungen war zwar mit recht viel Arbeit verbunden, sie wurden aber dennoch restlos durchgeführt. Die Organisation ist ganz besonders auf diese Arbeit stolz, hat sie doch damit für viele Kollegen und deren Familien die Folgen und Wirkungen längerer Arbeitslosigkeit fernhalten können.

Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 26 559 am Schlusse 1918 auf 56 241 im 1. Quartal 1919, 64 346 im 2. Quartal 1919, 69 082 im 3. Quartal 1919, 70 807 im 4. Quartal 1919. Weibliche Mitglieder hatte der Verband am Jahresende 1919 in 170 Zahlstellen 5315. Die Mitgliedsziffer im Jahresdurchschnitt stieg von 22 881 im Jahre 1918 auf 65 119 im Jahre 1919. In Zahlstellen hatte der Verband Ende 1918 238, im 1. Quartal 1919 252, im 2. Quartal 271, im 3. Quartal 284 und im 4. Quartal 293. Das ergibt einen Zuwachs von 60 Zahlstellen.

Analog der Mitgliederzahl stiegen auch die geleisteten Beiträge. Sie betrugen im Jahre 1919 insgesamt 3 079 068 und verteilen sich auf

1. Quartal 2. Quartal 3. Quartal 4. Quartal  
611 102 748 466 857 124 \* 861 376  
Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Beiträge:

a 50 Pf. a 60 Pf. a 70 Pf. a 80 Pf. a 100 Pf.  
188 851 143 037 624 857 1 438 816 681 459

Die Beitragsklasse a 1 M. ist mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft getreten; sie wurde am Jahresende 1919 in 235 Zahlstellen gezahlt. Die Beitragsleistung pro Mitglied und Jahr betrug 47.1.

Die Verbandsfinanzen haben sich trotz der vielen zum Teil umfangreichen Kämpfe befriedigend entwickelt, wenigstens nach absoluten Ziffern, die, gemessen an dem heutigen Geldwert, freilich nicht das darstellen wie in der Vorkriegszeit. Die Einnahmen aus Beiträgen betrugen 2 454 547 M., die Gesamteinnahmen 2 608 548 M., welchen eine Gesamtzufluss von 1 942 390 M. gegenübersteht, so daß sich ein Reinerüberschuss von 666 168 M. erzielt und das reine Verbandsvermögen in der Verbandsstelle auf 2 232 325 M. angewachsen ist.

Erheblich gestiegen gegenüber früher sind auch die Ausgaben für Unterstützung. Von je 100 M. geleisteten Beiträgen wurden 88 M. in Form von Unterstützungen an die Mitglieder wieder zurückgezahlt. Trotz der verhältnismäßig guten Arbeitslosigkeit hat die Arbeitslosenunterstützung eine früher noch nie gefallene Höhe erreicht. 206 116 M. = 3.18 M. pro Mitglied mußten für diesen Unterstützungs Zweig verausgabt werden. Diese

Ziffern gemessen an dem Grad der Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Industrie lassen erkennen, daß die arbeitslosen Mitglieder die ihnen auf Grund des Status zustehenden Unterstützungen in ihrer vollen Höhe in Anspruch nahmen. Auch die Streikunterstützung mit 158 387 M. überschreitet die während der letzten 13 Jahre je dafür ausgegebenen Summen.

Die gezahlten Unterstützungen in Krankheitsfällen sind zwar absolut wesentlich höher als in der Kriegszeit, pro Mitglied berechnet jedoch niedriger, was auf die während des Berichtsjahres erfolgte fortwährende Mitgliedersteigerung, besonders auf den Zugang neuer Mitglieder zurückzuführen ist. Der pro Mitglied und Jahr entfallende Beitrag von Krankenunterstützung hat die Quote vom Jahre 1908 wieder erreicht.

Ein gleich günstiges Ergebnis wie die Hauptkasse haben auch die Lokalkassen aufzuweisen, die völlig unabhängig von den Einnahmen des Verbandes geführt werden und die hauptsächlich ihre Einnahmen aus neben den Verbandsbeiträgen erworbenen Lokalbeiträgen haben. Aus reinen Lokalbeiträgen wurden 1919 vereinnahmt: 423 166 M. aus sonstigen Einnahmen, welche die den Zahlstellen verbreitenden 4 bzw. 7 Proz. mit einhalten, 148 471 M., das ergibt eine Gesamteinnahme von 571 637 M. Dem steht eine Gesamtausgabe der Lokalkassen in Höhe von 378 623 M. gegenüber. Der festgestellte Vermögensbestand der durch Frachbogen berichtenden 223 Zahlstellen betrug Ende 1919 556 919 M. Einige kleine Zahlstellen haben sich an der Berichterstattung nicht beteiligt, wodurch das Gesamtergebnis allerdings nicht beeinflußt wird. Die Lokalkassenbestände sind überwiegend angelegt in Arbeiterinstitutionen, wie Genossenschaften, Gesellschaftsbauern usw., (Fortsetzung folgt.)

## Intervallation über die fortgesetzten steigenden Lebensmittelpreise im Reichstag

Rede des Kollegen Kappeler am 5. Juli.

(Fortsetzung.)

Die wirtschaftlich kräftigen Teile unseres Volkes sollten sich darüber klar sein, daß den Anspruch nicht der Arbeiter, der Angestellte, auch nicht die Beamtenchaft machen kann, die im Gegenteil durch die Not, durch die ungeheuren Preise für alle Lebensbedürfnisse zu weiteren Lohn- und Gehaltsforderungen genötigt sind. Die Industrie wird kaum zuerst aus dem Kreis herauskommen, obwohl es den Anschein hat, als wenn sie jetzt zwangsläufig aus diesem Kreis herausgebrochen werden sollte, indem die Kaufkraft der Masse mehr und mehr verjagt. Wir haben ja jetzt das geradezu wahnsinnige Schauspiel, daß bei einem verzweifelt dringenden Bedarf unsere Produktionswerkstätten zum Teil zu erliegen beginnen, daß Hunderte von Schuhfabriken stillgelegt werden oder mit beschränkter Arbeitszeit arbeiten, während draußen Hunderttausende, Millionen nach Schuhen schreien. Wir haben den ungeheuerlichen Wahn, daß unsere Läden und Fabriken zum Teil voll Waren liegen und infolge der gesunkenen Kaufkraft des Volkes die Waren keinen Absatz finden. Infolgedessen wird es der Industrie nicht möglich sein, den Anfang zu machen, um aus diesem circulus vitiosus herauszutreten; hier muß die Landwirtschaft vorangehen, und sie kann das. Die Landwirtschaft kann mit einem Abbau und einer Stabilisierung der Preise vorangehen, und es wird nichts anderes übrig bleiben, wenn wir zur Gesundung der Wirtschaft kommen wollen. Die Landwirtschaft kann das leichter als jeder andere Stand, weil sie für einen großen Teil ihrer Bedürfnisse kein Geld aufzuwerden braucht, weil der größte Teil der unbedingt nötigen Lebensbedürfnisse in der Landwirtschaft aus dem Boden und dem Stall den Landwirten auf den Tisch mäßt.

Ferner wird die Landwirtschaft zuerst in der Lage sein, aus dem Kreis auszubrechen, weil sie die wenigsten materiellen und wirtschaftlichen Opfer während des Krieges und nach dem Kriege gebracht hat. Es ist doch ein offenes Geheimnis, daß sich die Landwirtschaft während des Krieges in ganz hervorragender Weise entschuldet hat, und wer draußen offen Auges durch die Kreise der Landwirte geht, weiß, daß auch die materiellen Verhältnisse in der Landwirtschaft so schlecht nicht sind und sein können. Wenn man den Auswand der Landwirte heute beobachtet, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß es der Landwirtschaft nicht schlecht geht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Bereitheit der Landwirtschaft vorhanden, mit einer Senkung der Preise vorzugehen, dann sollten die übrigen Stände mit sich reden lassen, ob man nicht durch Mittel der Allgemeinheit diesen Gründungsprozeß fördern kann, indem man der Landwirtschaft dabei hilft. Aber nur dann, wenn diese Bereitwilligkeit besteht! Von einer Senkung der Ausgaben auf Dienststellen, von einer Einflussnahme von Amtsermittlern zum Teil auf Reichsstädtler oder von anderen Reichsmitteln kann nur dann die Rede sein, wenn den Augen davon nicht die Landwirtschaft für sich ein-

siedt, sondern wenn diese Maßnahmen auch wirklich der Allgemeinheit zugute kommen. Nur das wäre der Anfang zur Befriedung.

Statt dessen sehen wir das Gegenteil. Die Obst- und Gemüsepreise, die Preise für Beerenobst übersteigen alle Grenzen. Ich würde gern einmal aus dem Mund der landwirtschaftlichen Vertreter hören, wie sie es denn beabsichtigen wollten, daß die Preise für Beerenobst und anderes Obst um das Zehn- bis Fünfzehnfache des Friedenspreises gestiegen sind, ob die Steigerung der Produktionskosten auch für diese Preissteigerung der maßgebende Faktor gewesen sein soll.

Statt einer Stabilisierung der Preise wird uns eine ungeheure neue Preissteigerung angekommen. Die Regierung hat bereits für Vieh durch eigenmächtige Verordnung, ohne die gesetzgebenden Kompetenzen, vor allem den Reichstag, zu fragen, eine ganz gewaltige Steigerung der Fleischpreise einzutreten lassen. Wie wir hören und aus den Berichtigungen, die am Sonnabend im Reichsrat stattgefunden haben, erkennen können, ist das Reichsnährungsministerium und damit die ganze Regierung bereit, den Wünsten der Landwirte nach noch höheren Preisen weit entgegenzukommen. Die Innenkommission hat die Befriedung dazu geleistet und die Notwendigkeit einer weiteren Preissteigerung zu beweisen versucht. Ich will Ihnen zunächst ein Bild davon geben, welche Preise Ihnen zugemutet werden.

Es ist die Steigerung des Preises für Brotgetreide auf 1500 Mark im Durchschnitt in Aussicht genommen; es ist eine Verdopplung des Preises für Getreide in Aussicht gewonnen. Die Wörter sind, wie ich bemerkte habe, um ungedeckte Verträge gefeiert worden. Wenn man die Fleischpreise im Großhandel — also nicht den dem Erzeuger im Frieden gezahlten Preis, sondern die Friedenspreise des Großhandels — mit den Preisen vergleicht, die uns jetzt durch die Innenkommission angeboten werden, so kommt für alle landwirtschaftlichen Produkte eine Preissteigerung gegenüber dem Friedenspreise um das Zehn- bis Zwanzigfache des Großhandelspreises heraus. Der Frieden kostete die Deutschen Flecken in Berlin im Großhandel 167 Pf. und einige Pfennige und für Beeten etwas über 200 Pf.

Sun-fürchten Sie aber nicht behaupten, daß die Produktionen um das Zehn- bis Zwanzigfache gestiegen sind, besonders daß die Arbeitsschäfe so hoch gezogen seien. Die Arbeitsschäfe wachsen doch nur 40 Proz. der Produktionskosten in ihrer Schärfe aus, und Sie wollen doch nicht behaupten, daß die Landarbeiter heute zehn- bis zwanzigmal so viel verdienten wie im Frieden? Es mag richtig sein, daß der Kaufmann über das Schuhstück gestiegen ist; aber der Kaufmann bildet unter den Produktionskosten nur 15 Proz. überhaupt, und Sie können auf diese Steigerung nicht ganz (nicht recht) ungesteuert Preisforderungen aufbauen werden.

Dann möchte ich mal die Frage erläutern, wie die Innenkommission ihre Ziffern zusammengestellt hat. Ausgeschlossen der Soja, daß die Produktionskosten nach Größe, nach Betrieben, nach Standort des Betriebes, nach der Arbeitsmöglichkeit so verschieden sind, in den einzelnen Betrieben, und noch dazu überall zu einem Durchschnittsergebnis nicht kommen kann. Wie kann man eigentlich jetzt die Produktionskosten bereits errechnet wissen, wo man noch nicht weiß, auf welchen Ertragung diese Produktionskosten zu rechnen warden? Die Produktionskosten gelten nur zum ganzen Teil keinem allgemeinen. Ob sie über für einen Ertragung von 6 oder 7 oder 8 Millionen Tonnen Getreide ausgerechnet werden kann, ist doch ein gewaltiger Fehler. Wie kann man denn jetzt schon aus Höhepreise einer der Begründung vorzeigen wollen, daß dann die Produktionskosten abgedeckt sind? Ich habe die Erfahrung, daß die Innenkommission zum gegenwärtigen Zeit einen Fehler ist.

Aber zu das folgende, daß aus den Preisen der Sojaexporte nicht ein großer Teil der brennenden Sorge vor mir gegen die gefährdeten Preissteigerungen wären. Die brennende Sorge hat unter Zusammenschluß der Amerikanischen Unternehmerlichen Verbrennungsöl-Fabrikanten im Reichstag geprägt, daß der Brotgetreidepreis auf 1500 Mark unter dem Preis bleiben soll, den die Sojaexporteuren fordern. Söhl! Söhl! bei den Sojaexporteuren! Die brennende Sorge hat im Reichstag sich in einer Resolution des Reichsrats ebenfalls geäußert, daß der Preis um 170 Pf. pro Tonne hinter dem Friedenspreis erhöht wird. (Söhl! Söhl! bei den Sojaexporteuren!) Die brennende Sorge hat auf dem Exportmarkt, auf der Flotte, Milch- und Kartoffelpreise bis zu 100 Pf. (Die Industriekräfte die freie Sojaexporteuren hat immer hier in diesem Sinn bestimmt haben) darüber das Soja zu 50 Pf. bzw. 55 Pf. bereit gehalten, mit dem Sojaexporten zu reagieren. Daß die Steigerung der Brotgetreidepreise um 1500 Mark unter dem Preis von jetzt 1500 Mark um 200 Pf. (Söhl! Söhl! bei den Sojaexporteuren) die brennende Sorge ist, daß der Sojaexporter seine 200 Pf. Kostpreise für den Durchschnittsertragung um 50 Pf. zwischen 55 Pf. und 58 Pf. bringen. Die Sojaexporteure im Saar freigegeben und die Saarlandindustrie erlaubt eine Steigerung dieser Werte, was ich leider der Regierung, daß 150 Millionen Zentner Soja durch Sojaexporteuren für die Versorgungsberechtigten finanziell erfordert. Da kommen wir nun zur Sojaexporteure, die Sojaexporteure selbst, welche die Sojaexporteure und Sojaimporteure, die Soja auf Grund der Sojaexporteure kaufen, weil in den Sojaexporten die Soja um 21,50 Pf. pro Zentner verpreßt werden in einer 150 Pf. Zentner Soja, die für 50 Pf. oben die Erhöhung der Sojaexporteure berechnet. Berechnung bei einer Produktion um 6 T. und höher nicht weiter, haben die Sojaexporteure bei der Reichsregierung nur 20 Millionen Zentner erfordert.

Die Soja exportieren Sojaexporteure, daß neben dieser Sojaexporteure der Sojaimporteur und neben ihm bereits eine gewisse Erhöhung der Sojaimporteure auch nach einer Berechnung der Soja um 150 Pf. Zentner auf 200 Pf. Sojaexporteure um 21,50 Pf. weiter soll. Söhl! Söhl! bei den Sojaexporteuren! Da zeigt nicht, wie das Reichsministerium vorausgesetzt, bevor Soja um 2 T. Jahr später erhöht, auf allen Sojaexporten keine eine Verhinderung der Sojaexporteure erfordert. Diese Soja ist die Soja einziger und

Wenn man Worte und Daten in diesem Falle vergleicht, dann kann man nicht von einer Verbilligung der Lebensmittelpreise reden, sondern dann muß man davon sprechen, daß die Schieberpreise nach und nach legalisiert werden sollen. (Söhl richtig bei den Sozialdemokraten.) Die Folge wird nicht etwa sein, daß der Schleichhandel und die Schieberpreise verschwinden, sondern die Folge wird sein, daß, wen auf dem Markt die Nachfrage noch immer stärker ist als das Angebot, die Schieberpreise bedeutend über die erhöhten amtlichen Preise hinauf werden. Ich kann Ihnen schon heute sagen: unsere Fraktion wird, wenn diese Vorlage an uns herankommt, eine derartige Ernährungspolitik — Sie wollen sich das Wort in diesem Falle in Gänze jüchen denken — nicht mitmachen.

Diese Art Ernährungspolitik wird für uns auch nicht annehmbar, weil jetzt eine Brotpreiserhöhung umgangen werden kann und soll. Die Sache liegt so: Vor einigen Monaten ist eine Erhöhung des Brotpreises von 2,65 auf 4,50 Pf. in Berlin eingetreten. Die Ursache war, daß wir annähernd 600 000 Tonnen Brotgetreide aus dem Ausland einführen mußten, wenn wir den Anschlag an die nächste Ernte finden wollten. Die Erhöhung des Brotpreises brachte einen teilweisen Erfolg der Mehrkosten dieser Ernährung. Sei nun der Vorschlag der Innenkommission durch, dann bleibt für die Ernährung des nächsten Jahres im Brotpreis, den wir jetzt haben, nichts übrig; denn dann ist der jetzige Brotpreis, der zum Teil auf Abdeckung der Mehrkosten der Auslandseinfuhr eingesetzt ist, im Einklang mit den Auslandsgetrüppen. Nun werden wir im nächsten Jahr nicht 600 000 Tonnen, sondern nach meiner Schätzung mindestens 1 Million Tonnen Getreide auch bei guter Ernte einführen müssen (Söhl hört bei den Sozialdemokraten), und zwar deshalb, weil wir die jetzige Brotration nicht länger aufrechterhalten können. Zustimmung bei den Sozialdemokraten! Sowie die neue Erne hereinfällt, fordern wir eine Erhöhung der Brotration. Das Volk will sich wieder notdürftig sättigen können. (Erneute Zustimmung.) Sie kommen — Sie mögen machen, was Sie wollen — um eine Erhöhung der Nation nicht herum. Wir verlangen jedoch eine Herabsetzung der hohen Ausmahlung. Sie wollen nicht länger mit Kleie gefüllt werden, die unser Fleisch nicht verdaut, die in den Dickhäuten gehörte, wo sie viel besser angebracht und verwertet wird. (Zustimmung rechts.) Wir verlangen ferner, daß im nächsten Erntejahr alle Streichungsmaßnahmen fortfallen.

Söhl werde nun nur zur Frühstücksprämie. Da berührte ich, daß die Frühstücksprämie, ohne vorher Rücksicht auf den Fleischzog zu nehmen, bereits im Verordnungstage eingeführt worden ist. Im übrigen, glaube ich, wird meine Fraktion der Frühstücksprämie gegenüber höchstwahrscheinlich eine andere Stellung einnehmen müssen. Ich lege Sie durch meine Ausführungen, die ich jetzt machen will, nicht fest, sondern ich spricht meine eigene Meinung hier aus.

Nicht den Großgrundbesitzern, denen die Frühstücksprämie in einer Linie zuviel kommt, zuviel halte ich die Frühstücksprämie für notwendig, sondern deshalb, weil, wenn wir sie nicht anstreben, wir einen Monat länger auf die Verjüngung durch Auslandsgetrüppe angewiesen sind. Das macht bei dem jetzigen Preis und bei dem jetzigen Stand unserer Soja, wo uns die Soja Getreide im Einklang umgekehrt 4000 Pf. kostet, 600 bis 800 Millionen Mark aus.

(Sojaexport folgt.)

### Brauerei- und Mühlenarbeiterverhältnisse in Nordamerika.

Zwischen den Verbänden der Brauereiarbeiter Deutschlands und Amerika sind rechtzeitig Verbindungen eingetreten worden. Das hat seine Gründe darin, daß die Leitung des amerikanischen Brauereiarbeiterverbands jetzt seit seiner Gründung in Händen von deutschen Kollegen ist; auch ein großer Prozentsatz der Mitglieder ist deutscher Abstammung. Die frühen der Verbindung wurden im Jahre 1893 geschlossen und immer enger gepaßt. Zweimal, im Jahre 1895 und 1912 waren unsere Verbundslage durch Delegierte des amerikanischen Brauereiarbeiterverbands bestätigt. Bis zum Ausbruch des II. Weltkrieges, der jede Verbindung zwischen Deutschland und Amerika unterbrach, wurden alle wichtigen Ereignisse gegenwärtig ausgetauscht. Nach Wiederaufnahme des Friedensabkommenes und der Möglichkeit, sich wieder natürlich zu verbinden, erfolgte auch sofort wieder der Austausch der Verbandsorgane sowie die Wiederaufnahme der Korrespondenz.

Die deutschen Kollegen und nicht zuletzt die dem Internationalen Brauereiarbeiterbund angehörigen Landesverbände mit es jetzt interessieren, zu erfahren, wie es in unseren Städten jenseits des Oceans aussieht. Wir lassen das Verhältnis aus einem Bericht des Vorsitzenden unseres amerikanischen Brauereiarbeiterverbands, Kollegen Hübner-Eineckelt, — den die Delegierten des Mainheimer Verbandes persönlich kennen — jenen.

Die Prohibition (Antialkohol) Bewegung hat über die Sojaexport-Regierung gefragt. Am 1. Juli 1919 wurde die teilweise, am 1. Januar 1920 die nationale Prohibition eingeführt. Die einzelnen Staaten ergriffen dann beim Vereinigten Staaten-Obergericht wegen dieser Maßnahme ein. Seit dem 17. Januar 1920 hat die Regierung ein Heer von Richtern angezettelt, die die Verhältnisse eines jeden zu untersuchen, bei dem es nur irgendwelchen Alkohol findet.

Den Brauereien in Amerika ist nun gesperrt. Sie mit einem Höchstzollgehalt von 1½ Proz. — das entspricht etwa dem deutschen Kriegsabier — bergen, eigentliches Reichtum. Der höchste Gerichtshof hat die Prohibition Amerikas konkurrenzlos und die Verhinderung aller Getränke mit mehr als ½ Proz. Höchstzollgehalt verbietet. Weil viele minderwertige Biere fast kein Alkohol enthalten werden, ist der Verbraucher gegenüber früher um 55 Proz. gefeuert. Über 50 Proz. der Brauereien haben folglich ihren Betrieb eingestellt, weitere werden mit der Abschaffung drohen. Unsere amerikanischen Kollegen einschließlich des vierstaatlichen Präsidenten, erwarten nun auch eine Hoffnung, in der demokratischen Partei, welche programmatisch die Verhinderung und den Verbot des leichteren Weines und leichter Bier fordert. Der verpflichtete moralische Effekt der

gesetzlichen Prohibition in den Vereinigten Staaten wird sicher nicht erreicht werden. Es werden an Stelle des völlig unschädlichen Bieres stark wirkende Alkoholgetränke in hoher Menge heimlich hergestellt und in den Verkehr gebracht werden.

Die Mälzereien waren während des letzten Jahres völlig im Gang und gut beschäftigt; sie haben für den Export gemäßigt. Die in Amerika angebauten und zum Teil auch die aus früheren Ernten noch vorhandenen Hopfenbestände wurden von den Engländern aufgekauft. Wörtlich schreibt Kollege Hübner:

"Unser Land erzeugt die Rohstoffe für die Herstellung des Bieres; der amerikanische Arbeiter muß sich mit Wasser begnügen. Der Engländer läßt sich dagegen am Bier. Hier sind die Worte angebracht: amerikanischer Arbeiter, wenn wirst du erwachsen und deine Macht erkennen. Götter die American Federation of Labor" — diese Organisation ist in Amerika das, was in Deutschland der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist — uns die berechtigte Unterstützung zu teilen werden lassen, so hätte dieses Unheil für Hunderttausende amerikanischer Staatsangehöriger verhindert werden können. Mit leeren Protestresolutionen allein ist nichts getan. Die Macher der Prohibitionsbewegung sind die schärfsten Gegner der Arbeiterbewegung, sie verkörpern sich in Rockeller und Konsorten."

Der amerikanische Bruderverband hat infolge dieser Umwandlung in der Industrie sein Agitationsfeld verändert und hat seit 29. November 1918 auch seinen Namen geändert.

Das Tätigkeitsfeld erstreckt sich seitdem außer auf Brauereien, Mälzereien und Biervertrieben auch auf Mühlen, Getreifabriken und auf die Getreideindustrie im allgemeinen. Die Mitgliederzahl ist von 62 000 beim Beginn des Krieges auf 35 000 Ende Dezember 1919 gesunken. Die Arbeiter der Essig- und Getreidemühle wurden während der letzten Monate bis zu 90 Prozent organisiert. Die Löhne dieser Arbeiter wurden durch die Organisation verdoppelt und die Arbeitszeit erheblich verkürzt.

In der Agitation unter den Sälfervasser- und Shrupfbetrieben wird sieberhaft gearbeitet. Rund 5000 Mühlarbeiter gehören dem Verband bereits an, Hunderttausende sind noch zu organisieren. Dieser harten Agitationsarbeit unter den Mühlarbeitern steht eine reaktionäre gut organisierte Unternehmerschaft durch Anwendung aller Kampfesmittel im Wege. In diesen Kampf greifen die Mühlindustriellen zu allen erdenklichen Mitteln. Sogar mit dem Hinweis, daß das Verbandsorgan teilweise in deutscher Sprache erscheint und die Leitung des Verbandes zum Teil deutsch ist, wird bei den Mühlarbeitern graulich zu machen versucht. Ganz wie bei uns. Der Verbandsvorstand gibt aber die Hoffnung auf reisige Organisation der Mühlarbeiter zu organisieren, hat die Organisation auch bedeutende Verbesserungen für sie erzielt; 30—50 prozentige Lohnaufdopplung und Einigung des Aufstundentages war das Ergebnis.

Die reihige Agitation des Verbandes unter den amerikanischen Mühlarbeitern hat die sehr starke Arbeitgeberorganisation mobil gemacht. Diese Organisation steht mit einer ausgedehneten ihr feuer kommenden direkten Gegenagitation ein. Sie entendet in neugegründete Verbandszählstellen ihre Agenten, um dort auf die neuorganisierten Arbeiter zu gunsten der Organisation einzurücken. Auf diese Weise glaubt die über Millionen von Tätern verfügende Organisation der Mühlarbeiter die Organisation ihrer Arbeiter dauernd niederzuhalten.

Un profitabler Organisationsarbeit hat es auch in Amerika während des Krieges nicht gegeben. Lebensmittel und sonstige Arbeiterbedürfnisse sind auch dort um das Mehrfache im Preis gestiegen. Schuhe, die man sonst für 3 Dollar erziehen konnte, kosten jetzt 7—9 Dollar. Einen Anzug kostet man vor dem Kriege für 30 Dollar, derzeitliche und jetzt mit 70—90 Dollar bezahlt werden. Eier sind von 20 Cent das Dutzend auf 80 Cent bis 1 Dollar, Fleisch von 25 Cent auf 50 Cent das Pfund gestiegen. Trotz einiger Verschüttungen gelang es auch in Amerika nicht, die Löhne mit den gestiegenen Preisen im Einklang zu halten. Die Löhne stiegen während des Krieges nur um 30 bis 50 Prozent, die Preise mindestens um 200 Prozent. Ohne ernste Kämpferkämpfe ist es auch in Amerika nicht abgegangen. Erst fürstlich wurde ein hartnäckiger Kampf mit einer großen Shrupfabrik geführt — waren 2600 Personen beteiligt waren —, der leider infolge Herrichtung des zu radikalen Elementes mit einem Misserfolg für die daran Beteiligten endete.

Die Verbandsfinanzen sind günstig. Die einzelnen Fonds der Zentralstatten betragen Ende Dezember 1919:

Trustfonds . . . . .	800 000 Dollar,
Generalfonds . . . . .	183 661 03,
Arbeitsfonds . . . . .	29 427,50,
Anti-Prohibitionsfonds . . . . .	23 723,26,
Zusammen 1 332 821,81 Dollar.	

Dabei ist zu beachten, daß aus der Zentralstätte nur Streikunterstützung gezahlt und die Verwaltung der Zentrale beschränkt wird.

Der Vorstand des amerikanischen Bruderverbandes hofft, eine berufliche Ausprägung mit den europäischen Verbänden spätestens im Herbst 1921 herbeizuführen zu können; im übrigen haben unsere amerikanischen Kollegen den Wunsch, daß seit 1893 bestehende Gegenseitigkeitsvereinbarungen auch zukünftig mit uns aufrecht zu erhalten.

Der Schluß des Vertrages liegt in bitteren Klagen über die Behandlung der Deutschen während des Krieges aus. Ob naturalisiert amerikanischer Bürger oder nicht, aus kleinen Gründen wurden Tausende aus Deutschland Zugewanderte interniert und während der ganzen Kriegszeit gefangen gehalten; vor allem soll die englische Sprache das Vermögen hierzu veranlaßt haben. Die deutsche Sprache ist in Amerika nur mehr aus allen Elementarschulen bestellt. Eine große Anzahl deutsch geschriebener und deutsch orientierter Zeitungen wurde aus dieser deutschsprachigen Stadt heraus gezwungen, ihre Erscheinung einzustellen.

Aus diesen Darlegungen ist zu erkennen, daß auch in Amerika, das sich den Ruf als das Land der Freiheit und

der Großzügigkeit genoss, manches so aussieht und so gehandhabt wird, wie wir es nicht wünschen. Dass unser Freund Müller seinen Bericht nicht untertrieben hat, dafür bürgt uns seine Person. Dass sich mancher Deutscher von dort wegsehnt, bestätigen uns auch zahlreiche Briefe von nach Amerika ausgewanderten Kollegen, die die Absicht äußern, in die alte Heimat wieder zurückzufahren.

E. Baader.

## Gegen die Lebensmittelsteuerung.

### Protest der Gewerkschaften.

Die Erklärung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft in der Reichstagsitzung vom 2. Juli, wonach eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um 50 Prozent geplant sein soll, hat in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Die beiden Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, haben sich deshalb an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit einem dringlichen Schreiben gewandt und gegen die geplante weitere Belastung der Konsumenten Einwirkung erüben. Es wird u. a. darauf hingewiesen, dass bereits die gegenwärtigen hohen Lebensmittelpreise die Volksgesundheit aufs äußerste gefährdet haben. Die Gewerkschaften lehnen auch eine Steigerung ab, wonach etwa eine Erhöhung der Erzeugerkosten ohne Steigerung der Kleinkaufspreise erfolgen soll, d. h. dass die Kosten für die Erhöhung der Erzeugerpreise vom Reich getragen werden. In letzter Linie würden auch hier die breiten Bevölkerungsschichten indirekt die Belastung zu tragen haben. Es wird die Erwartung ausgesprochen, dass die Regierung die Absicht der Preiserhöhung fallen lässt und mit dem von allen Seiten geforderten Abbau der Preise unverzüglich beginnt.

## Bewegungen im Berufe.

### Brauereien, Bierniederlagen.

† Berlin. (Lohnbewegung in den Brauereien.) Als Abschluss des im April und Mai d. J. stattgefundenen Brauereiarbeiterstreiks in Groß-Berlin kam ein Tarifvertrag zustande, bestehend aus einem auf die Dauer von zwölf Monaten geltenden Rahmenvertrag und einer Lohnvereinbarung, welche mit vierzehntägiger Frist, einmalig zum 30. Juni d. J., aufzuhören ist. Die Löhne betrugen für gelehrte und diesen gleichgestellte Arbeiter 220 Pf. und für ungelernte Arbeiter 215 Pf. pro Woche. Geregelt sind in diesem Vertrage auch die Löhne der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer sowie der Reinemachefrauen, ferner die Provisionssätze für das Fahrpersonal, die Sonderergütungen für Maschinisten und Feuer, Wächter und Fräntner und deren Erbsleute für den Ausfall der regelmäßigen Sonntagsruhe, Unterstützungen in Krankheitfällen und Bejümmungen aus § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs usw. Der Rahmenvertrag enthält die Bestimmungen über Arbeitszeit, Urlaub, Haustruß, besondere Bestimmungen für Betriebsarbeiter und Fachpersonal, Sanktionen des Eingangsamtes und sonstige soziale und hygienische Vorschriften. Die Brauereiarbeiter haben von dem Kündigungsschutz des Lohnakkords Gebrauch gemacht und dieses zum 30. Juni d. J. aufgekündigt. Gleichzeitig wurde den Arbeitgebern die Forderung unterbreitet, die Löhne der Gelehrten um 10 auf 280 Pf. und die der Ungelernten auf 275 Pf. pro Woche zu erhöhen. Damit sollte verbunden sein eine Erhöhung der Bezüge der Weiblichen, Jugendlichen und der Reinemachefrauen; die übrigen Sonderergütungen sollten ebenfalls prozentual aufzuschärfen werden. Die Arbeitgeber reagierten diese Forderungen mit der immer noch anhaltenden Versteuerung der Lebensmittel. Die Arbeitgeber lehnten die Forderungen ab mit dem Hinweis auf die traurige Lage der Brauindustrie, die am Rande des Ruins stehe. Das Bierkonsum habe bereits nachgelassen, dass die Brauindustriellen genötigt waren, ihre Zuflucht zu einem Bergweilungsbeschluß zu nehmen, nämlich ein geschäftreicheres Bier herzustellen unter gleichzeitiger Herabsetzung des Bierpreises. Das bedeute für das Brauwesen einen nach Millionen zählenden Aufwand. Dies sei aber notwendig, um das Publikum wieder mit dem Biergenuss zu befriedigen. Die Brauereiarbeiter gaben sich mit diesem Weisheit nicht zufrieden und rieten den Schlichtungsausschuss Groß-Berlin an. Am 14. Juli er wurde vor dem Schlichtungsausschuss verhandelt. Das Ergebnis war ein vom Schlichtungsausschuss einstimmig gemachter Eingangsverschlag. (Eigentlich mit dem unten mitgeteilten Schiedsspruch.) Die Funktionäre der Brauereiarbeiter, Vertrauensmänner der Gewerkschaften und Arbeiterräte, stimmten noch an demselben Tage dem Eingangsverschlag zu, während die Arbeitgeber den Eingangsvorschlag einstimmig ablehnten. Die Zustimmung der Arbeitgebervertreter geschah unter Protest gegen die geringe Erhöhung der derzeitigen Löhne. Am 19. Juli er folgte der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin in dieser Sache folgenden Schiedsspruch: „Prinzipiell zum Tarifvertrag vom 15. Mai 1920 wird der Wochenlohn der gelehrten Arbeiter und der laut Anlage ihren gleichstehenden Arbeitnehmer ab 1. Juli 1920 auf 245 Pf. der der ungelernten Arbeiter auf 240 Pf. festgesetzt, aus welchen Lohnsätzen sich der ab 1. Juli zu zährende Satz für Nebenstunden ergibt. In dem gleichen Verhältnis werden ab 1. Juli 1920 die Löhne der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer und der Weißbierarbeiter (Anlage 2, 7), die Sätze aus Anlage 4 und die Zuflüsse gemäß § 9 des Tarifvertrages und der Anlage 2 Riffel 4 erhöht. Die Erhöhung der Löhne gegen das Lohnakkord vom 15. Mai 1920 wird auf Grundlohn und Leistungszulage in ursprünglichem Verhältnis dieser Bezüge verrichtet. Voraussetzung: Die bestehende Lohn erhöhung erzielen der Kammert mit Rücksicht auf die Lohnhöhe in den gleichliegenden Industrien und die Höhe des angewölblichen Lebensbedarfs einerseits, die derzeitige ungünstige Lage der Brauindustrie andererseits, annehmen.“ Die Arbeitnehmerpartei hat dem Schiedsspruch zugestimmt, die Einstimmnahme der Arbeitgeber steht noch aus. Da nachdem wie die Autoren der Arbeitgeber ausfällt, werden wie die Betriebsräte und Vertrauensleute zu einer

Beratung zusammenrufen, um zu den weiteren Maßnahmen Stellung zu nehmen, die sich aus der daraus ergebenen Situation notwendig machen.

### Mühlen.

† Leipzig. (Mühlenarbeiterverband in Lübeck) Am 18. Juli fand eine sehr gut besuchte Mühlenarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Sendig über den Stand unserer Tarifbewegung berichtete. Mit großer Entfernung nahmen die Kollegen Kenntnis von der Ablehnung des Schiedsspruches des Dresdener Schlichtungsausschusses, seitens des Arbeitgeberverbandes. Selbst das Arbeitsministerium erkannte den Höchstlohn des Schiedsspruches (240 Pf. Wochenlohn) als nicht zu hoch an, die Ablehnung ist um so unverantwortlicher, da doch den Arbeitgebern vom Wirtschaftsministerium eine Abteilung der Mehrausgaben durch Erhöhung der Wahllohne von 15 Pf. pro Tonne zugesichert worden ist. Die Mühlenarbeiter sehen sich genötigt, zur Selbsthilfe zu greifen, um den für rechtssicherlich erklärt Schiedsspruch zur Durchführung zu bringen. In der sehr erregten Diskussion wurde die sofortige Arbeitseinstellung in den Mühlen, welche zurzeit mit der Vermahlung des Getreides beschäftigt sind, gefordert. Nach einer Enthaltung, welche einstimmig angenommen wurde, haben die Mühlenarbeiter solange die Arbeit einzustellen, bis dieser Schiedsspruch von seiten des Arbeitgeberverbandes respektlos anerkannt ist. Da diese Situation nur durch das Verhandeln des Arbeitgeberverbandes entstanden ist, fordern die Mühlenarbeiter die Bezahlung der Streitfrage.

### Beschleidene Betriebe.

† Doberan-Glashagen. Vom Bahnhof Doberan aus wird bei der gegenwärtigen Badesaison den Sommerfrischlern das recht idyllisch gelegene und mit recht einladender Firmenauschrift versehene Werk Glashäger Mineralquellen entgegen; das ihre Produkte unter allerhand hochhingenden Namen in ganz Norddeutschland in den Handel bringt. Nur zu gerne ist man geneigt einzutreten, das es geradezu eine Luft sein müsse, im Innern dieses Betriebes fähig zu sein; mit einem Worte Lohns und Arbeitsverhältnisse geradezu „ideal“ und „mustergültig“ sein müssten. Sieht man allerdings hinter das äußere Gepräge, so ergibt sich ein ganz anderes Bild.

Vom Standpunkt der Billigkeit aus berechnet, werden hier vorwiegend Frauen und Mädchen beschäftigt, denen ein Stundenlohn von 1,45 Pf. bezahlt wird. Die wenigen männlichen Arbeiter erhalten einen solchen von 2,25 Pf. In Anbetracht, dass Doberan-Heiligendamm erstklassige Kurorte sind, müssen diese Löhne als lächerlich niedrig bezeichnet werden. Unsere Doberaner Brauereiwilligen beziehen bereits seit April einen Wochenlohn von 174 Pf., also 8,60 Mark pro Stande. Die Direktion der Brauerei und der Mineralquellen ist seit geruher Zeit ein und dieselbe und dennoch weigerte sie sich, auch für die Kollegen und Kolleginnen des letztgenannten Betriebes die gleichen Löhne einzuführen, weshalb vor acht Tagen geschlossen die Arbeit eingestellt wurde. Außer dem Kontorpersonal und einigen Kindern und dem Direktor Haltier ist nur der sich Betriebsführer nennende Henke beschäftigt. Letzterer ist derjenige, der trotz unserer wiederholten Befürderungen immer wieder lässig an den Frauen geworden ist. So sieht es in diesen idyllischen Glashäger Mineralquellen“ in Wirklichkeit aus.

Zwar hat der Direktor eine Lohnzulage von 50—75 Pf. die Stunde angeboten, aber daran die Bedingung gestellt, die Leute müssten in dem Brauereiarbeiterverband den Rücken legen. Die Streitenden lehnten dieses Ansinnen natürlich ab, weil sie wissen, was sie zu gewähren haben würden, wenn sie sich des Schüdes der Organisation entblößen.

### Korrespondenzen.

Aachen, 23. Juli. Am Sonntag, den 1. August, nachmittags 3 Uhr, findet in den Anlagen des Herrn Karl Dietrichsweiler, Nähe Siegel bei Aachen, das dreijährige große Verbandsfest statt, befehlend in Volksbelustigungen jeder Art und großem Festball.

Zu diesem Fest werden die Kollegen der umliegenden Zahlstellen herzlich eingeladen.

### Der Vorstand. Das Festkomitee.

Bayern. Die Brauereiarbeiter aller Orte und Zahlstellen in Bayern werden erfuhr, der Bezirksleitung alle diejenigen Orte und Betriebe anzugeben, die den Tarifvertrag nicht einhalten und die Lauerungszulage nicht bezahlen. Ich weise noch einmal darauf hin, dass die Löhne, wie sie in der Verbandszeitung Nr. 24 enthalten sind, bezahlt werden müssen. Die Brauereiarbeiter sollen sich nicht mit weniger Lohn abspeisen lassen, außerdem, dass die Löhne in Rechnung gebracht wird oder dass der Haustruß entweder billiger oder gar nicht berechnet wird. Die Zahlstellen werden aufgefordert sofort überall nachzuverhandeln, damit wir die jähmigen Brauereien nachholen können. Es ist Pflicht der Brauereiarbeiter, dass sie ihren Tarifvertrag, sowie die Lauerungszulage hochhalten.

Bayern. (Mühlenarbeiter.) Alle Mühlenarbeiter in den bairischen Zahlstellen und einzelnen Orten und Betrieben, wo der Achtstundentag durchbrochen wurde oder der Tarifvertrag nicht eingehalten wird, werden aufgefordert, sich unverzüglich zu neuen Besonders bei den Kleinmühlen, die dem bairischen Müllerbund angehören, solche Durchschreitungen vorzunehmen. Wenn der Vorsitzende des Bayerischen Müllerbundes, in der Generalversammlung seine Mitglieder auffordert, dass sie die Wahllohne einhalten müssen und eine Brauereiorganisation verlangt, um ihre Bäncke und Forderungen durchzusetzen, so haben auch die Mühlenarbeiter alle Freiheit, sich um die Einhaltung ihres Tarifvertrags zu kümmern. Die Mühlenarbeiter waren es, die erst vor nicht langer Zeit versuchten, die Arbeiter zu überreden, eine Organisation einzugehören, es zu verhindern, oder aber sie versuchten die Arbeiter zur christlichen Gewerkschaft zu bewegen, weil sie keine Befreiungserlaubnis für sie erhielten, da sie weniger fordert. Der bekannte Dr. Horlacher, der ja als Christlicher bay. Volksparteier bekannt ist, ist gegen den Achtstundentag. Wenn

die Unternehmer es fertig bringen, die freie Gewerkschaftsbewegung zu vernichten, dann würde dem Achtstundentag sein Armenförderungsrecht geschlagen haben. Aber nicht nur in der Müllerbranche will man diesen Achtstundentag beseitigen, auch im Brauerei- und Brennerei- und verwandter Berufsgruppen will Dr. Horlacher seine ganze Macht als bairischer Abgeordneter anwenden, um die Errungenschaft der Arbeiter zu vernichten. Die christlichen Arbeiter, die die Herren Dr. Horlacher, Schlittbauer und Dr. Heim (der lange Georg aus Regensburg) sehr nahestehen, werden bald einsehen, dass die bairische Volksarbeit den Achtstundentag zu unterminieren versucht. Die Wahlen sind vorbei, die Herren sind gewählt und mancher Arbeiter, besonders aber die Frauen, werden dazu beigezogen haben, diese Herren in den Sattel zu heben, dafür erhalten sie jetzt auch den Lohn. Deshalb seid auf der Hut, Mr. Brauerei-, Mühlen- und Brennereiarbeiter, und helft die Errungenschaft zu erhalten durch eine geschlossene Einheitsorganisation, und das ist der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgruppen.

Halle (Saale). Unsere letzte Versammlung war gut besucht. Zum ersten Punkte: „Die wirtschaftliche Lage in der Brauerei- und Mühlenindustrie“ hatte der Kollege Strauß das Referat übernommen. In der Diskussion wurde kritisiert, dass die Lohnbewegung in den Brauereien und Mühlen immer noch nicht erledigt sei und wurde nach Vorschlag der Beratungsleute folgende Enthaltung ange nommen:

Die Versammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter von Halle a. S. legt gegen die Verschleppungspolitik in der berechtigten Lohnfrage den schärfsten Protest ein. Die Arbeitnehmer in der Hälleschen Brauerei- und Mühlenindustrie verlangen, dass die jetzigen Löhne, welche ein Zusammen vollständig unmöglich macht, erhöht werden. Sollte eine Erhöhung des Lohnes um 20 Proz. abgelehnt werden, so sind die Arbeitnehmer gewillt, von der letzten Waffe, welche ihnen geschickt zur Verfügung steht, Gebrauch zu machen.“

Die Abrechnung vom 2. Quartal 1920 erzielte Kollege Hinrichs. Die Einnahmen der Zentralfasse betragen 12 105,40 Pf. Die Ausgaben am Orte 7 776,70 Pf. An die Zentralfasse wurden abgeführt 4 628,70 Pf. Die Lokalfasse hat einen Bestand von 6 159,59 Pf.

Die Vorlage des Vorstandes, betreffend Lokalstatut, wurde nach längeren Ausführungen des Kollegen Gell angenommen. Es soll dem Hauptvorstand zur Genehmigung unterbreitet werden.

Nachdem die Wahl der Mitglieder zum Einigungsamt laut Tarif vorgenommen war, wurde vom Kollegen Börl der Tarifbericht gegeben und darauf verwiesen, dass über den Punkt „Betriebsräte oder Räteorganisation“ in der nächsten Versammlung Stellung genommen werden soll. Hierzu soll ein Referent und Korreferent bestellt werden.

Zum Schluss wurden noch einige Beschwerden vorgebracht über die Mälzfabrik Reinick. Die Firma versucht mit allen Mitteln, den Betrieb aus dem Betriebe loszuwerden. Neben die Lohnfrage und einige erfolgte Kündigungen soll die Bezirksleitung vorstellig werden.

Leipzig. (Mühlenarbeiterverband in Lübeck) Die am 8. Juli gut besuchte Mühlenarbeiterversammlung beschäftigte sich in der Hauptfrage mit dem Ergebnis der Verhandlungen in Dresden. Kollege Sendig gab den Bericht und führte aus, dass die Verbündeten zu keinem Ergebnis geführt haben. Die Mühlenbesitzer, die sich die recht ungünstige Zeit zu eigen machen, zeigten nicht das geringste Entgegenkommen, um den Forderungen der Mühlenarbeiter gerecht zu werden. Auch in der Lehrtage konnte ein befriedigendes Resultat nicht erreicht werden, so dass die ganze Angelegenheit dem dortigen Schlichtungsausschuss übertragen wurde. Der Schlichtungsausschuss, der sich mit dieser Sache befasst hatte, hat einen Schiedsspruch dahin gefüllt, dass in der Lohnfrage für die 1. Lohnstufe ein Wochenlohn von 240.— Pf. resp. 230.—, 220.—, 150.— und 120.— Pf. ab 1. Juli gezahlt werden soll. Alle übrigen Fragen sollen auf dem Verhandlungswege geregelt werden. Der Berichtserstatter, der den Versammlungen vor allem das mangelnde Ergegenkommen der Mühlenbesitzer vor Augen führte, forderte die Mühlenarbeiter auf, ihren Forderungen zur gezeigten Zeit den richtigen Nachdruck zu verleihen. Nach längeren Ausführungen schlägt der Kollege Sendig vor, den gefallenen Schiedsspruch anzunehmen. Die Diskussion schloss sich den Ausführungen des Referenten an, und beschloss fast einstimmig, den gefallenen Schiedsspruch anzunehmen. Nicht interessante Ausführungen machte der Kollege Sendig über die Zustände in einzelnen bairigen Mühlen, die es verdienten, einmal der Öffentlichkeit und vor allem den verantwortlichen Regierungsstellen vor Augen geführt zu werden. Während des deutschen Kriegs an einer furchtbaren Ernährungskrise leidet, versuchten einige dünne Elemente das deutsche Wirtschaftsleben weiter zu untergraben. Die Mühlenarbeiter, die vor noch nicht einem Jahre lässig an Herrn Rothenhan für 152 000 Pf. übertragen wurde, vor einigen Wochen von einem pommerischen Geldbaron, einem gewissen Herrn Milz, für 365 000 Pf. lässig übernommen. Dieser Herr, der überdies über die bairigen Organisationsverhältnisse sehr ungehalten ist, geht dazu über, die darin bisher beschäftigten vier Mühlenarbeiter zu entlassen. Wahrscheinlich, um seine große Kaufsumme wieder zu verdienen. Die Mühlenarbeiter, die vor noch nicht einem Jahre lässig an Herrn Rothenhan für 152 000 Pf. übertragen wurde, vor einigen Wochen von einem pommerischen Geldbaron, einem gewissen Herrn Milz, für 365 000 Pf. lässig übernommen. Dieser Herr, der überdies über die bairigen Organisationsverhältnisse sehr ungehalten ist, geht dazu über, die darin bisher beschäftigten vier Mühlenarbeiter zu entlassen.

Witten. Unsere Monatsversammlung am 18. Juli fand unter Beteiligung des Bezirksleiters, Holl. Thauner, statt. Die Lokalbeiträge des Aktionsausschusses wurden auf 50 bzw. 30 Pf. erhöht. Eine rege Bereitstellung an der Feier des Gewerkschaftsfestes am 1. August wurde bestimmt, besonders um Umgang mehr jeder teilnehmen, damit die Stärke und Geschlossenheit der Wittener Gewerkschaften noch zu zeigen in die Erscheinung tritt. Kollege Thauner

berichtet, dass die Feierlichkeiten am 1. August sehr gut besucht waren, und dass die Stärke und Geschlossenheit der Wittener Gewerkschaften noch zu zeigen in die Erscheinung tritt. Kollege Thauner

beleuchtete die Vorgänge bei unserer letzten Lohnbewegung, besonders das hörnige Gelehrte der Unternehmer. Nachdem der Tarif am 1. Juni gefürchtet war, wurden durch Verhandlungen 40 M. für verheiratete männliche Mühlendarbeiter, 24 M. für Ledige und entsprechende Zugaben für Arbeitnehmer herausgeholt. Bei den Brauereiarbeitern konnte nicht soviel erzielt werden. Hier verlängerten die Unternehmer sogar geteilt und verlängerte Arbeitszeit für Biertypen. Selbstverständlich ist daran nicht zu denken. Da eine Einigung nicht zustande kam, musste das Reichskommissariat angerufen werden. Von ihm wurden 25 M. Aufbesserung in Vorschlag gebracht, was die Kollegen als ungünstig bezeichneten, schließlich aber mit Mehrheit annahmen. Eine Verlängerung oder Teilung der Arbeitszeit dagegen wurde abgelehnt. Kollege Thauer machte zum Schluss noch treu und geschlossen zur Organisation zu halten, nur durch sie werden die Kollegen weiter vorwärts kommen.

## Rundschau.

### Aus Industrie und Beruf.

Alarmeruf für die Brauereiarbeiter. In der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Spiritus- und Spirituosen-Unternehmen am 3. Juni vertrat Herr Director K. A. E. S. i. Berlin die Auffassung, daß das Streben der Arbeitgeber und Angestellten der Spiritusindustrie nach Verbesserung ihrer Einkünfte nunmehr ihren Gipfel üppig erreicht haben müsse, weil die dadurch herorgerufene Belastung der Betriebe diese in Gefahr bringe. Herr Kereski hat es außerordentlich förmlich bei den bisherigen Kampfen empfunden, daß neben den Verbänden in der Spiritusindustrie mit allgemein wirtschaftlichen Ausgaben kein ausgesprochener Arbeitgeberverband zur Führung der Lohnkämpfe besteht und er reat die Gründung eines jüdischen Verbandes an, um seine Mitglieder mit all den Verpflichtungen „an der Spitze“ zu haben, die zur Durchführung solcher Kampfe nötig sind. Die Arbeitgeber wollen zu einer geschlossenen Front gegen die Arbeiter kommen, sie wollen die Raut haben, daß alle Arbeitgeber sich in bezug auf Angestellten- und Arbeitgeberpolitik nach dem Parole eines Arbeitgeberverbands richten müssen. Herr Kereski führte aus: „Wir wissen, daß schwere Zeiten kommen... mit mühensam und tapferen Wehrern, daß die ganzen Parteien dieser wirtschaftlichen Situation, durch die wir hindurch müssen, einzutreten auf die Schultern der Arbeitgeber abgewälzt werden, da gegen müssen wir uns wehren, solange wir überhaupt noch einen Funken wirtschaftlicher Kraft in uns spüren.“

Herr Kereski erwartet für seine Zuständigkeiten selbstverständlich lebhafte Beifall und wenn sich auch innerhalb der Anwesenden zum Wort meldete, der allgemeine Arbeitgeberverband in der Spiritusindustrie ist auf dem Werde. Er wird und kann sich mit gegen die Interessen der Brauereiarbeiter wenden, die Verbesserung ihrer Bedingungen auf, aber ganz hinzuhalten ist seine Aufgabe. Er wird auch diese Aufgabe zur Zufriedenheit der Arbeitgeber erfüllen können, wenn nicht die Brauereiarbeiter ihn durch allgemeinen Sezess zu unserem Verbande eine einflorige, aber noch besser, überlegene Stütze entziehen. Brauereiarbeiter Ihr seid durch die Ausführungen Kereski redigentlich gewarnt, wollt Ihr nicht, daß die Parteien der zusammenfassenden Zeiten auf Eure Schültern abgewälzt werden: Dann hinein in den Verband der Brauerei-, Brauerei- und Mühlenarbeiter!

Material für unsere Lohnbewegungen. Der Deutsche Müller will beweisen, daß er mit der Regierung leichtwegs zugestimmt hat 1 M. 50 Pf. auf 10 M. vierjährigste Zeit gegenüber der Regierung der Preise für die Lebensbedürfnisse. Er droht deshalb die Preise für leichte Lebensmittel in den Jahren 1914 und 1920 ab, sofern es weiter geht unter Begegnung der amtlichen Preise in Leipzig und den Mittelpunkten des Tarifzustandes der Stadt Leipzig, Rennbahn, seit 1. Preise und Kosten der Lebensförderung unter besonderer Berücksichtigung Leipzigs von 2. d. S. (Leipziger).

Es folgte  
1914 April bis Mai 1920  
M. M.

	1914 April bis Mai 1920	M. M.
1 Pf. Roggabrot	0.10	1.14 a. i. d. 11 Jahre
1 Pf. Kast. frei	0.18	5.50
1 Pf. Reis	0.20	10.50
1 Pf. Sonnenbl.	2-	40-
1 Pf. Getreide	0.08	1.65
1 Pf. Süß.	0.15	1.84
1 Pf. Butter, rohisiert	1.40	18-
1 Pf. Butter, frei	1.40	40-
1 Pf. Schmalz	1-	30-
1 Pf. Kindermilch, frei	0.80	13-
1 Pf. Schmalzmilch, rohisiert	0.70	12-
1 Pf. Schmalzmilch, frei	0.70	22-
1 Pf. Kaffee	1.60	23-
1 Glas Bier	0.15	1.50
1 Biersteine	0.03	0.40
1 Scheibl. Getreidem.	0.01	0.45
1 Pf. Brötchen	0.05	16-
1 Pf. Brötchen auf Butterbasis	0.65	26-
1 Pf. Brotteig	0.20	3.50
1 Pf. einfache Brotteig., frei	0.25	25-
200 g. Käse	0.08	5-
1 Pf. Käsebrot	0.55	22-
1 Pf. mittelm. Käsebrot	3-	100-
1 Käsebrot	30-	1500-
1 Brot Stiel	12-	400-

Wir haben die angegebenen Preise für durchaus den Zweck entsprechen, bei Erklärungen über Verhinderungen der Tarifzustand der Kollegen für die Unternehmer und deren Vertreter sicher sein, ob die Konsequenzen für die Unternehmer aus diesen Preissteigerungen zu ziehen.

### Fleischwarenfabrics, Sojas.

Erwerbslosen-Berichtslösung. Die Zahl der unterliegenden Erwerbslosen betrug am 1. Juni a. 3. 204 411 gegen 274 456 am 15. Mai. Die Zahl der ununterstützten Erwerbslosen betrug 232 622 gegen 277 26. Es ist also eine geringe Separation zu berücksichtigen.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbüro, Redaktion und Expedition der Verbands-Zeitung: Berlin D. 27, Schlesische Straße 6/IV. Fernsprecher: Unit Königstadt 275.

Diese Woche ist der 31. Wochengebeitrag fällig.

### Mitteilungen der Hauptverwaltung.

#### Verbandsangestellter gesucht.

für Oberbaden, Sigmaringen und dem südwästlichen Teil Württembergs wird für sofort

#### ein Beamter gesucht.

Bewerber, welche mindestens 5 Jahre Mitglied des Verbandes sind, die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschten, die Agitation sowie die Lohnbewegungen selbstständig leiten können, und im allgemeinen Vermögensdienst firm sind, sollen sich bis zum 14. August 1919 beim Verbandsvorstand melden. Bewerber, die innerhalb des Bezirks wohnen, werden wegen des dadurch überflüssig werdenden Umzuges bevorzugt. Der Sitz des Beamten wird vom Verbandsvorstand noch bestimmt.

### Strasporto

19. 7. Brandenburg 40 Pf.; Düsseldorf 40 Pf.

21. 7. Schwiebus 40 Pf.

23. 7. Höxter 40 Pf.

24. 7. Osterfeld 40 Pf. Der Verbandsvorstand.

### Eingänge der Hauptkasse

vom 19. bis 24. Juli.

Templin 17.50; Nürnberg 4121.30; Konstanz-Kastellzell 350.94; Hagen i. W. 614.50; Kreisfeld 500,-; Breslau 583.43; Elmshorn 1205.20; Röthenbach 1036.33; Erler 1526.10; Frankfurt a. d. O. 1201.15; Oelsnitz i. B. 44.30; Lörrach 477.24; Braunschweig 100,-; Borchum 61.85; Augenwinkel 84,-; Saalfeld 7,-; Remmünster 8,-; Flensburg 7.70; Berlin 556.60; Coburg 931.70; Weissenburg 304.85; Blaubeuren 1. B. 289.71; Brandenburg a. d. H. 370.10; Göttingen 5.0.87; Karlsruhe 4796.05; Remmünster 1081.66; Magdeburg 3115,-; Fürstenwalde 1939.89; Oranienburg 33.95; Stendal 881.48; Freiberg 597,-; Dannewitz 633.25; Sonneberg 684.80; Unterweißbach 285.75; Tübingen 315.77; Alsfeld 939.50; Wittenberg 916.85; Gräfelfing 588.75; Weißensee 1. B. 529.75; Wittenberg 777,-; Bielefeld 935.75; Gütersloh 1. B. 403.12; Döberen 142.67; Amsterdam 120,-; Frankfurt a. M. 6026.02; Stuttgart 521.85; Dittingen 857.16; Geislingen 172.40; Esslingen 2526.97; Elchingen 1422.20; Gießen 1894.05; Frankenthal 733.65; Eberbach-Sarren 591.95; Giebelstadt 344.40; Schwiebus 574.80; Steinbach 421.50; Rötteln 97,-; Elterlein i. B. 52.80; Homberg (Ohm) 132,-; Quedlinburg 2146.20; Griesheim 1325.24; Mainz 2661.98; Mainz 1654.20; Erfurt 1. B. 1785.75; Bremen 1125.16; Hofstet. i. B. 2947.68; Einbeck 126.45; Salzwedel 420.20; Uelzen 350,-; Neuhausen 671.00; Landeshut 1. B. 445.50; Neub. (Thein) 239.87; Wulfsen 1. B. 621.12; Süben 610.75; Gernrode 15.27; Bernkastel i. S. 9,-; Bremen 933.90; Nürnberg 23.750.72; München 419.81; Berlin 118.50; Leipzig 170,-; Gloucian 589.52; Celle 2872.75; Görlitz 3314.32; Bautzen 1. S. 1070.49; Oppeln 682.70; Kronheim 688.75; Oldenburg 310.65 M.

### Materialverkauf.

(P = Mitgliedsfirmen, S. = Nichtmitglieder. Der Wert der Beitragssummen ist in Ziffern (a. 50 usw.) eingetragen.)

In der Nr. 29 unter Brandenburg muß es heißen 100 a 10. In der Nr. 30 unter Düsseldorf 200 a 100. Eberswalde: 100 a 100. Breslau 1. B. 600 a 100, 500 a 60, 400 a 10. Ingelstadt: 200 a 200. Detmold: 10. 2., 10 a 150. Unterfranken: 500 a 200. Hamm: 500 a 200, 500 a 150, 100 a 60. Siegen: 100 a 150, 100 a 100. Donauwörth: 2000 a 200. Wissenschaften: 60. 2., 2600 a 200, 200 a 150, 100 a 100, 100 a 60. Zuffingen: 200 a 150, 300 a 100. Zwiesel: 50. 2., 500 a 150, 100 a 10. Neuhausen 671.00; Landeshut 1. B. 445.50; Neub. (Thein) 239.87; Wulfsen 1. B. 621.12; Süben 610.75; Gernrode 15.27; Bernkastel i. S. 9,-; Bremen 933.90; Nürnberg 23.750.72; München 419.81; Berlin 118.50; Leipzig 170,-; Gloucian 589.52; Celle 2872.75; Görlitz 3314.32; Bautzen 1. S. 1070.49; Oppeln 682.70; Kronheim 688.75; Oldenburg 310.65 M.

### Verspätet.

Oranienburg, 2 Uhr: Stralsunder Hof.

Ottobrunn, 3 Uhr: Gasthaus Moritzburg.

Potsdam, 3 Uhr: Versammlungslatal.

Pegau, 3 Uhr: Klosterkirche.

Potsdam, 2 1/2 Uhr: bei Gausmann.

Quedlinburg, 3 Uhr: „Kaiser Friedrich“, Augustinerstr. 14.

Mathenow, 3 Uhr: Hotel Reichsamt.

Nauenberg, 9 1/2 Uhr vorm.: „Harmonia“, Schussenstraße.

Minteln, 9 1/2 Uhr vorm.: bei Corsmeier, Minteln.

Rosenthal, 10 Uhr: „Im Sterngarten“.

Rothenburg, 10 Uhr: Pfarrkirche, Rothenburg.

Schönau, 10 Uhr: „Im Pfarrkirchen“, Rothenburg.

Schönbach, 10 Uhr: „Schönau“.

Schönbach, 10 Uhr: „Zum Frieden“.

Schönbach, 10 Uhr: „Zum Frieden“.